

Südkorea: Zehntausende trotzen christlichen Gegenprotesten

In Südkoreas Hauptstadt Seoul gingen am Samstag zehntausende Menschen trotz Hitze und massiver Gegenproteste für LGBTI-Rechte auf die Strasse. Der deutsche Botschafter Michael Reiffenstuel erklärte sich solidarisch.



Zehntausende Menschen sind am Samstag in Seoul für die Rechte von LGBTI auf die Strasse gegangen. Trotz schwüler Hitze kamen nach Schätzungen der Veranstalter*innen rund 50'000 Menschen zum "Seoul Queer Culture Festival" in der südkoreanischen Hauptstadt. Viele Teilnehmer*innen trugen zu Demonstration und Strassenfest – ähnlich wie beim CSD in Deutschland – bunte Kostüme und schwenkten Regenbogen-fahnen.

Am Rande protestierten tausende queerfeindliche Christ*innen lautstark gegen die Pride-Veranstaltung. Sie riefen unter anderem "Keine gleichgeschlechtliche Ehe" und hielten Schilder mit Aufschriften wie "Die Ehe ist ein Bund zwischen Mann und Frau" hoch.

Starke Sicherheitsvorkehrungen der Polizei

Das Strassenfest und die Parade waren von starken Sicherheitsvorkehrungen der Polizei begleitet. Vor der Veranstaltung hatte das Organisationskomitee gegen die Entscheidung der Stadt Seoul protestiert, den seit Jahren üblichen Austragungsort für das Pride-Festival vor dem Rathaus für eine Gegenveranstaltung einer christlichen Gruppe zu vergeben.

Zahlreiche Botschafter*innen anderer Länder erklärten sich mit den Teilnehmer*innen des Seoul Pride solidarisch. "Indem wir uns an diesem Festival beteiligen, wollen wir unsere unerschütterliche Unterstützung für die koreanische LGBTQ+-Gemeinschaft zum Ausdruck bringen", sagte der deutsche Botschafter Michael Reiffenstuel in einem Youtube-Video.

Mit anderen Gesandtschaften organisierte die deutsche Botschaft auch einen Informationsstand, der sich neben knapp 60 anderen Ständen verschiedener Gruppen, Organisationen und Verbände befand.

Parlament berät eingetragene Partnerschaften

In Südkorea war, anders als in Europa, Homosexualität nie illegal, allerdings ist das Land bei der Gleichbehandlung queerer Menschen sehr rückschrittlich. So gibt es keinerlei Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare und keine bundesweiten Antidiskriminierungsrichtlinien. Im Februar hatte ein Gericht allerdings erstmals einem schwulen Kläger Zugang zur staatlichen Partner-Krankenversicherung gewährt.

Im vergangenen Monat hatten Abgeordnete ein Gesetz zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ins Parlament eingebracht, der nun in einem Ausschuss beraten wird. In den vergangenen 15 Jahren waren zahlreiche Versuche gescheitert, Gesetze gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten zu verabschieden. Vor allem konservative und christliche Gruppen leisteten massiven Widerstand.